Niederschrift über die 19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 17.07.2023

Tagungsort: Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis, Lindenhof 1, 99974 Mühlhausen,
Barbaraheim
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:10 Uhr
Sitzungsleitung: stellv. Ausschussvorsitzender, Marko Wartmann
Schriftführung: Büro Kreistag

Anwesenheiten:

- **Stimmberechtigte Mitglieder**
Roth, Hans-Joachim
Schmalz, Jeremi i. V. für Jane Croll
Shevchenko, Oleg i. V. für Claudia Zanker
Kleemann, Dagmar
Sell, Stefan
Monika Ortmann
Wartmann, Marko
Haupt, Wolfgang
Görlach, Lutz
Jugl, Grit
Rahn, Matthia
- **Beratende Mitglieder**
Reich, Marcus Toni i. V. für Katrin Vogler
Lier, Kai
Hellbach, Daniela
Dr. Köster, Thomas
Dr. Beck, Jörg
Goericke, Bettina
Stein, Julia
Kühler, Tobias i. V. für Thomas Münnemann (ab 17:15 Uhr)
Worch, Diana
Stecher, Maria
Schulz, Thomas
Liebau, Kristin
von den Eicken, Adrian
Schuster, Max
- **Verwaltung**
Leist, Alexander (FD FuL)

Ortmann, Doreen (FD JuB)
Burkhardt, Constanze (FD JuB)
Junker, Andrea (Kreistagsbüro)
Zimmermann, Laura (Kreistagsbüro)

- **AG-Sprecher**
Weber-Ludwig, Susanne (AG Kita)

- **Entschuldigt gefehlt:**
Lohe, Kristina
Schlegel, Edgar
Boelecke, Bastian
Hofmann, Micha
Landrat, Harald Zanker
Schatz, Ines
Dr. Köhler-Illgen, Andrea
Wehner, Steffen
Kürbis, Viola
Henning, Andreas

- **Unentschuldigt gefehlt:**
Reinz, Matthias
Kühn, Sophia

Vorgeschlagene Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Anfragen
- 4 Beratung und Beschlussfassung über die Niederschrift der Sitzung vom 15. Mai 2023
- 5 Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften
- 5.1 AG KiTa
- 5.2 AG Jugendarbeit
- 5.3 AG Erzieherische Hilfen
- 6 Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit / Jugendschutz
- 6.1 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Projektfördermitteln nach den „Grundsätzen und Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Unstrut-Hainich-Kreis“ (Förderung über 1.000 €)
- 7 Allgemeiner Sozialer Dienst – kein Beratungsgegenstand
- 8 Jugendhilfe für Migranten – aktuelle Zahlen sind beigefügt

- 9 Jugendhilfeplanung
- 9.1 Bericht aus dem Unterausschuss Jugendförderplan
- 10 Kindertagesbetreuung
- 10.1 Beratung und Beschlussfassung über die Anpassung der Rahmenbedingungen von Kindertagespflege entsprechend der Gesetzlichen Neuregelungen nach § 23 Thür-KigaG
- 11 Amtsvormundschaft/-pflegschaft, Beistandschaft, Beurkundung, UVG – kein Beratungsgegenstand
- 12 Team Leistung
- 12.1 Bericht: Halbjahresbilanz hinsichtlich der wirtschaftlichen Jugendhilfe
- 13 Weitere Berichte aus dem Landratsamt
- 13.1 Personelle Veränderungen im Fachdienst Familie und Leistung
- 13.2 Personelle Veränderungen im Fachdienst Jugend und Bildung
- 13.3 Personelle Veränderungen im Fachdienst ABU
- 14 Informationen aus dem Landesjugendhilfeausschuss
- 15 Verschiedenes

Zum TOP 1

Eröffnung und Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Wartmann, eröffnete die Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder, die Gäste sowie die Mitarbeiter der Verwaltung. Er berichtete, dass er die heutige Sitzung leite, da Herr Hofmann einen anderen wichtigen Termin wahrnehmen müsse.

Er stellte mit 11 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Zum TOP 2

Bestätigung der Tagesordnung

Herr Wartmann erkundigte sich, ob es Vorschläge zur Änderung der Tagesordnung gebe.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Wartmann rief zur Abstimmung über die Tagesordnung auf. Diese wurde einstimmig mit 11 Ja-Stimmen angenommen.

Zum TOP 3 **Anfragen**

Herr Wartmann gab bekannt, dass keine schriftlichen Anfragen vorliegen. Er fragte nach, ob es noch mündliche Anfragen gebe.

Es gab keine Wortmeldungen.

Zum TOP 4

Mit der Drucksache-Nr.: JHA/BV/098/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Beratung und Beschlussfassung über die Niederschrift der Sitzung vom 15. Mai 2023 – vor.

Herr Wartmann verwies auf die Beschlussvorlage.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Wartmann rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Niederschrift der 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Unstrut-Hainich-Kreises vom 15. Mai 2023 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: JHA/B/098-19/2023.**

Zum TOP 5 **Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften**

TOP 5.1 - AG KiTa

Frau Weber-Ludwig berichtete, dass sich die AG Kita getroffen habe und man habe sich zum einen mit der kleinen Novelle des KigaG beschäftigt. Dabei sei die minimale Veränderung des Personalschlüssels ein Thema gewesen. Zum anderen habe man sich über die Projekte ausgetauscht. Man habe jetzt zwei Bundesprojekte, die zu Landesprojekten wurden. Einmal das Projekt „Sprach-Kita“, wo es allerdings bedauerlicherweise noch keine Förderrichtlinie gebe, sondern erstmal der vorfristige Maßnahmebeginn beantragt werden konnte. Dazu habe man sich ausgetauscht und alle darüber informiert, dass dieser vorfristige Maßnahmebeginn beantragt werden müsse.

Ähnlich sei es mit dem Bundesprojekt „Vielfalt vor Ort“, welches auch zum Landesprojekt wurde. Leider gebe es auch hier noch keine Förderrichtlinie, was man sehr bedauere. Ebenfalls wurde bei diesem Projekt der vorfristige Maßnahmebeginn von den einzelnen Trägern, die das betrifft, beantragt.

Weiterhin habe man intensiv zum Thema „Kinderschutz“ gearbeitet. Alle Träger im Unstrut-Hainich-Kreis haben sich beim Thema „Kinderschutz“ auf den Weg gemacht, die entsprechenden Konzepte zu erarbeiten. Zu diesem Thema gab es einen regen Austausch zum aktuellen Stand. Die AG habe sich nicht in die Sommerpause, aber doch erstmal in die Sommerferien verabschiedet und wird sich im September das nächste Mal treffen.

TOP 5.2 - AG Jugendarbeit

Frau Hellbach erklärte, dass sich die AG im Juni zum Thema „Sucht“ traf. Seit der Gründung des neuen Sprecherinnen-Rats in diesem Jahr, habe man gesagt, dass man jede AG ein bisschen thematisch aufbauen wolle. Im Juni zum Thema „Sucht“ im ÖHK hatten Frau Vockrodt-Reich und Frau Prütz den Mitgliedern einen kleinen Einblick gegeben, Frau Vockrodt-Reich von der Außenstelle ÖHK in der Boje und Frau Prütz von der SiT. Außerdem gab es eine Vorstellung von dem Abteilungsleiter des ÖHK, bei der das Thema besprochen wurde und man sich ausgetauscht habe, wo evtl. Schwierigkeiten auftreten oder welche Brennpunkte es in den einzelnen Gemeinden/ Regionen vielleicht gebe.

Weiterhin habe man das Leitbild beschlossen, welches erarbeitet wurde. Somit habe die AG Jugendarbeit jetzt auch ein Leitbild. Das nächste Mal trifft sich die AG im September, wo es einen Impulsvortrag zum Thema „psychische Störungen im Kinder- und Jugendalter“ geben werde. Dies sei ein Fachvortrag, zu welchem die Teilnehmer noch eingeladen werden.

TOP 5.3 – AG Erzieherische Hilfen

Herr Schulz berichtete, dass sich die AG das letzte Mal am 15.05.2023 getroffen habe. Dort war man mit Vertretern des Ministeriums der Heimaufsicht im Austausch. Darüber hatte Frau Pohl in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.05.2023 bereits berichtet.

Die AG treffe sich erst wieder im September. Hier habe man geplant, dass Vertreter des Schulamtes zugegen sein werden, welche bereits die Teilnahme bestätigten. Man werde im Austausch sein, was die Beschulung der Kinder und Jugendlichen betreffe, gerade in den stationären Einrichtungen hier im Landkreis.

Zum TOP 6

Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit / Jugendschutz

TOP 6.1

Mit der Drucksache-Nr.: JHA/BV/096/2023 lag die Verwaltungsvorlage - Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Projektfördermitteln nach den „Grundsätzen und Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Unstrut-Hainich-Kreis“ (Förderung über 1.000 €) - vor.

Frau Hellbach gab bekannt, dass es sich hierbei um zwei Projektförderungen handele. Ein Projekt sei vom evangelischen Kirchenkreis, welcher ein Zirkusprojekt noch jetzt in den Sommerferien plane. Die andere Projektförderung sei vom FSV Preußen Bad Langensalza, wo es um ein Fußballcamp gehe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Wartmann rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Vergabe von Zuschüssen nach den „Grundsätzen und Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Unstrut-Hainich-Kreis“ für Anträge, welche eine Fördersumme von 1.000,00 € übersteigen, entsprechend der als Anlage

beigefügten Vorschlagsliste. Die Bewilligung erfolgt unter der Maßgabe, dass die in den Grundsätzen und Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Unstrut-Hainich-Kreis festgehaltenen Bestimmungen eingehalten werden und die Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: JHA/B/096-19/2023**.

Zum TOP 7

Allgemeiner Sozialer Dienst

Herr Wartmann gab bekannt, dass der Tagesordnungspunkt kein Beratungsgegenstand in dieser Sitzung sei.

Zum TOP 8

Jugendhilfe für Migranten

Herr Wartmann berichtete, dass den Ausschussmitgliedern die aktuellen Zahlen zur Unterbringung von ausländischen Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe im Unstrut-Hainich-Kreis und Unterbringung außerhalb des Unstrut-Hainich-Kreises zugegangen seien.

Es gab keine Wortmeldungen seitens der Mitglieder.

Zum TOP 9

Jugendhilfeplanung

TOP 9.1 - Bericht aus dem Unterausschuss Jugendförderplan

Frau Ortmann (FD JuB) berichtete, dass es zwei Sitzungen des Unterausschusses bzgl. der Umsetzung der Schulsozialarbeit gab. Hierbei habe sich der Unterausschuss auf folgende Indikatoren geeinigt:

- Schüler mit Migrationshintergrund
- Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf (Einteilung in sieben Förderschwerpunkte: Lernen; Sprache; emotionale und soziale Entwicklung; geistige Entwicklung; körperliche und motorische Entwicklung; Hören; Sehen)
- Schüler mit unentschuldigtem Fehltagen (in 5 Fehltagebereiche gegliedert: 1. bis 40. Fehltag)
- Schüler mit entschuldigtem Fehltagen (ab 25 bis 49 Fehltage; ab 50 Fehltage)
- Schüler ohne Schulabschluss
- ambulante und stationäre Hilfen zur Erziehung
- Schulbegleitung
- pädagogischer Förderbedarf

Zudem wurden nochmal Faktoren, die nur auf den Sozialraum bezogen werden können und nicht schulscharf sein können, wie die Unterstützungsangebote im Sozialraum erfasst, das SGB II erfasst, Langzeitarbeitslosigkeit erfasst und auch die Alleinerziehenden erfasst.

Weiterhin haben sich die Mitglieder über die Bewertungsfaktoren geeinigt, welche im nächsten Unterausschuss nochmal angeschaut werden. Die nächste Sitzung des Unterausschusses finde am 15.08.2023 statt.

Ein Teil der Zahlen habe man der Schulstatistik entnommen. Die Zahlen der ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung und auch die Schulbegleitung nach § 35 a erhalte man von den Kollegen aus dem ASD und alle anderen Zahlen werden dann immer bei den Schulen abgefragt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Um 17:15 Uhr betrat Herr Kühler den Sitzungssaal.

Zum TOP 10 **Kindertagesbetreuung**

TOP 10.1

Mit der Drucksache-Nr.: JHA/BV/097/2023 lag die Verwaltungsvorlage - Beratung und Beschlussfassung über die Anpassung der Rahmenbedingungen von Kindertagespflege entsprechend der Gesetzlichen Neuregelungen nach § 23 ThürKigaG - vor.

Herr Wartmann übergab das Wort an Frau Burkhardt.

Frau Burkhardt berichtete, dass man sich erst vor kurzem zu diesem Thema unterhalten habe, als man die Rahmenbedingungen der Kindertagespflege für den Kreis angepasst habe. Jetzt habe das Land glücklicherweise mit der kleinen Kita-Novelle nachgesteuert.

Im § 23 ThürKigaG sei die laufende Geldleistung neu geregelt worden. Frau Burkhardt stellte daher die Unterschiede in Bezug auf den Sachaufwand und die Förderungsleistung des alten und des neuen § 23 Abs. 1 ThürKigaG gegenüber. Weiterhin erklärte sie bzgl. des § 25 ThürKigaG die Besserstellung der Finanzierung der Kindertagespflege, da der Paragraph erweitert wurde.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Wartmann rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege im Unstrut-Hainich-Kreis werden zum 01.07.2023 wie folgt angepasst:

I. Die laufende Geldleistung/ Sachaufwand wird angehoben auf

Betreuungszeiten	Beitrag bisher	Beitrag ab 01.07.2023
Halbtags (4-6 Stunden)	135,00 €	166,00 € pro Kind und Monat
Zwei-Drittel (6-8 Stunden)	155,00 €	189,00 € pro Kind und Monat
Ganztags (8-10 Stunden)	195,00 €	237,00 € pro Kind und Monat
sowie ergänzende Tagespflege	1,67€ pro Stunde	1,67€ pro Stunde

II. Die laufende Geldleistung/ Förderleistung wird angehoben auf

Staffelung	Kostensatz bisher	Kostensatz ab 01.07.2023	Personengruppe
Stufe 1	3,63 € pro Stunde und pro Kind	3,77 € pro Stunde und pro Kind	für alle Tagespflegepersonen
Stufe 2	3,63 € pro Stunde und pro Kind	4,34 € pro Stunde und pro Kind	für Tagespflegepersonen, die länger als 5 Jahre tätig sind
Stufe 3	3,63 € pro Stunde und pro Kind	4,92 € pro Stunde und pro Kind	für höhere pädagogische Qualifikationen entsprechend § 16 ThürKigaG“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: JHA/B/097-19/2023**.

Zum TOP 11

Amtsvormundschaft/-pflegschaft, Beistandschaft, Beurkundung, UVG

Herr Wartmann gab bekannt, dass der Tagesordnungspunkt kein Beratungsgegenstand in dieser Sitzung sei.

Zum TOP 12

Team Leistung

TOP 12.1 - Bericht: Halbjahresbilanz hinsichtlich der wirtschaftlichen Jugendhilfe

Herr Lier informierte in seinem Bericht zur Halbjahresbilanz, dass sich das Team Leistung in die Bereiche Bundeselterngeld, Wirtschaftliche Jugendhilfe und den Kindertagesstättenbeitrag gliedere. Des Weiteren machte er Erläuterungen zu den Einnahmen und Ausgaben sowie zur Fallentwicklung der drei Bereiche des Team Leistung. Er erklärte die Unterteilung der Hilfen zur Erziehung in ambulant, teilstationär und vollstationär, welche zum Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe gehören und ging ebenfalls auf die Fallzahlen ein. Außerdem verglich er anhand von Übersichten die Fallzahlen der vollstationären Hilfen aus dem Jahr 2022 mit Stand Juni 2023.

Herr Roth fragte nach, was der Unterschied zwischen der Vollzeitpflege und Heim sei. Die Vollzeitpflege sei in den Familien und die Heimerziehung in den Heimen untergebracht?

Herr Lier antwortete, dass man es jetzt nicht nochmal getrennt habe in Pflegeeltern oder Heimerziehung. Man habe stationäre Vollzeitpflege gesamt betrachtet berücksichtigt, man könne aber in Zukunft auch nochmal darüber berichten, was Pflegeeltern und was die vollstationäre Hilfe in der stationären Jugendhilfe betreffe.

Herr Roth bat nochmals um Erklärung, was der Unterschied zwischen der Heim- und Vollzeitpflege sei.

Herr Lier berichtete, dass Heimerziehung die stationäre Jugendhilfe betreffe und Vollzeitpflege ja auch im Rahmen der elterlichen Geschichte stattfinden könne.

Herr Roth erkundigte sich, ob man einen Teil der Vollzeitpflege auch in die Heimerziehung bringen könne?

Herr Lier erklärte, dass man da tatsächlich nochmal mit Frau Deidersen Rücksprache halten müsse, leider sei sie heute nicht im Haus. Grundsätzlich gehe es bei der Vollzeitpflege und Heimerziehung um die Hilfen an sich, die hinsichtlich der Jahresbilanz auch da zu Buche schlagen. Heimerziehung sei natürlich, wie der Name schon sagt, die klassische Heimerziehung. Vollzeitpflege sei insgesamt auch der Bereich bei den Pflegeeltern mitberücksichtigt.

Er gehe davon aus, dass die Heimerziehung die stationäre Jugendhilfe sei, die in den Trägern bekannten Einrichtungen stattfindet und die Vollzeitpflege sei die Pflege bei dem Bereich der Pflegeeltern. Darüber könne man auch nochmal Auskunft geben. Vielleicht wäre das die erste Frage, die man in Zukunft nochmal näher betrachten könne.

Herr Roth merkte an, dass dies ansonsten doppelt wäre und keinen Sinn machen würde.

Herr Wartmann sagte, dass man die Antwort auf die Frage nochmal mit an das Protokoll anhängen könne.

Herr Schmalz stellte fest, dass Herr Lier bei der ersten Folie, welche mit Ein- und Ausgaben überschrieben war, nur von Ausgaben sprach und dann aber auch sagte, dass es sich sozusagen nicht 100 % decke. Daher fragte er nochmal nach, wo die Einnahmen dargestellt seien und wie die sich verhalten haben?

Herr Lier erwiderte, dass man die Einnahmen nicht näher dargestellt habe, aber Einnahmen seien ja z. B. die Kostenheranziehungssätze der Eltern oder der anderen Landkreise im Rahmen der Kostenerstattung. Diese habe man im Detail tatsächlich nicht klein aufgedrösel, aber das wäre vielleicht auch die nächste Frage, wie viel man an Einnahmen und Ausgaben habe.

Die Ausgaben im Jahr 2022 waren knapp diese 16 Mio. € und aktuell befinde man sich zum Stand 30.06.2023 bei 7,5 Mio. €. Das sei die kassentechnische aktuelle Buchung, aber dort seien nicht alle Rechnungen oder Forderungen mit inbegriffen, z. B. von medizinischen Maßnahmen, die dann auch immer verspätet kommen, quartalsweise kommen, wie es bei den Krankenkassen sei oder auch die Kostenerstattung anderer Landkreise, die oftmals zum Jahresende erst erfolgen. Diese seien zum 30.06.2023 nicht mit in der Bilanz. Das sei eine Zahl, mit der man leben könne, weil sie sich unmittelbar auch da befindet, wo man sie sich gerade vorstelle, aber es sei keine gezielte Zahl, an der man sich heute festnageln könne.

Herr Schmalz fragte nach, ob die Einnahmen in der Grafik also fehlen würden?

Herr Lier entgegnete, dass die dort berücksichtigt seien, aber er nicht sagen könne, wie viel sie an Summe ausmachen. Die Einnahmen seien da unter der Bilanz, ein kassentechnischer Wert, bei den 7,5 Mio. € mitberücksichtigt, aber nicht zum Stichtag 30.06.2023, weil man noch Rechnungen bekomme, Forderungen bekomme, die man begleichen müsse oder die man dann auch dort noch verbuchen könne.

Herr Schmalz erklärte, dass er nochmal nachfragen müsse, ob der Balken die Ausgaben oder die Einnahmen darstelle?

Herr Lier gab bekannt, dass der Balken beides darstelle, aber man habe es eben jetzt nicht runtergerechnet. Wie bei den 16,08 Mio. € habe man das auch nicht ins Detail aufgegliedert, was man an Einnahmen in diesem Jahr hatte, sondern es sei tatsächlich ein aktueller Kassenstandswert zum 30.06.2023. Wenn aktuelle Zahlen gewünscht werden, wie hoch die Einnahmen seien, könne man das gerne, wenn man länger dazu Zeit hätte, auch dann nochmal bilanztechnisch aufs Papier bringen.

Herr Schmalz merkte an, dass es gut wäre zu sehen, was Einnahmen und Ausgaben seien.

Herr Lier wiederholte nochmals, dass der Stand nicht der 30.06.2023 sei, weil tatsächlich noch Forderungen oder Einnahmen erwartet werden, wo man jetzt, z. B. Kostenerstattungen an andere Landkreise stelle, die aber genauso nicht in den ersten beiden Quartalen Berücksichtigung finden, sondern dann oftmals viel, viel später, mit Kassenwirksamwerden, wenn das Geld zu verbuchen sei. Das habe man jetzt aktuell zum 30.06.2023 nicht.

Herr Schmalz gab an, dass eine Auflistung der Einnahmen und Ausgaben für die nächste Sitzung nochmal gut wäre.

Herr Lier bestätigte, dass dies eine Frage wäre, die man gerne dann zum nächsten Jugendhilfeausschuss beantworten könne.

Frau Stein berichtete, dass sie eine Frage zu den Entwicklungen der Fallzahlen habe und fragte nach, ob man diese im Laufe eines größeren Zeitraumes nochmal darstellen könne in einer der nächsten Sitzungen? Also über einen längeren Zeitraum, z. B. von 10 oder 20 Jahren?

Herr Lier erklärte, dass er nicht wisse, ob 10 oder 20 Jahre funktionieren würde, aber man habe schon, auch gerade was den anderen Bereich UVG betrifft, viele Jahre rückwirkend das machen können und er gehe davon aus, dass das bestimmt auch möglich sei in diesem Bereich. Ob es jetzt 20 Jahre werden, das mag er zu bezweifeln. 20 Jahre habe man zahlenstatistisch noch nie ausgewertet, aber man werde sich Mühe geben und werde versuchen solange wie möglich vielleicht da mal eine Zahl zu nennen.

Frau Ortmann erzählte, dass dies ein allumfassendes Gebiet sei, wo man jetzt noch nicht rausnehmen könne, welche ganzen Untertitel da noch drunter kommen. Vielleicht wäre es für die Zukunft mal machbar, denn man habe ja jetzt schon verschieden gehört, dass man das nochmal ein bisschen näher sehen wolle. Sie schlug vor, dass man vielleicht für die nächsten Jahre auch so eine Art Abschlussrechnung in der ersten Sitzung im neuen Jahr machen könne. Bis dann alles buchungstechnisch auch immer da sei von den Kassen vom laufenden Jahr, gehe es ja über den 31.12. hinaus, aber in der ersten Sitzung im neuen Jahr könne man den Mitgliedern sicherlich so eine allumfassende Übersicht geben an Einnahmen und Ausgaben, und was alles da noch dazugehöre.

Herr Lier fügte hinzu, dass er glaube, dies stehe auch in der Satzung. Grundsätzlich solle ja viel öfter auch darüber berichtet werden. Man sitze hier im Jugendhilfeausschuss und die Mitglieder wollen natürlich auch die entsprechenden Zahlen und die wolle man auch liefern. Grundsätzlich war es so, dass man in der Vergangenheit über die Wirtschaftliche Jugendhilfe nur relativ wenig gehört hatte. Deswegen war der Wunsch, dass tatsächlich in aller Kürze und das vom 26.06. bis heute hier mal nur schematisch darzustellen. Das sollte vielleicht eine Anregung sein zu sagen, was man da alles noch erwarten könne, welche Zahlen man liefern könne. Da sei man auch bereit dazu und das wolle man auch. Er glaube, man wolle in Zukunft das ein oder andere dann doch anders machen und wolle dann die entsprechenden Zahlen

liefern. Diese müssen die Mitglieder kennen und sollten sie auch kennen und deswegen auch Fragen schicken. Die Verwaltung würde diese gern beantworten.

Wenn man hört, dass dies doch so interessant und vielfältig sei, dann freut dies die Verwaltung einerseits, andererseits macht es dann natürlich auch Arbeit. Ob man das alles im nächsten Jugendhilfeausschuss im September schon liefern könne, wisse man noch nicht. Man bleibe aber dran, um die Mitglieder mitzunehmen.

Herr Wartmann bestätigte, wie es Herr Lier sagte, dass man die Themen auf der Tagesordnung behalten und in den nächsten Jugendhilfeausschüssen dazu berichtet werde, sodass man hier auf dem Stand sei.

Zum TOP 13

Weitere Berichte aus dem Landratsamt

TOP 13.1 - Personelle Veränderungen im Fachdienst Familie und Leistung

Herr Leist berichtete, dass er nach dem bedauerlichen Weggang von Frau Ambos, über den das letzte Mal berichtet wurde, aktuell kommissarischer Teamleiter im ASD sei.

Mit Wirkung vom 19.06.2023 habe die Fachdienstleitung des Bereiches Familie und Leistung, Frau Wehenkel, eine Aufgabenübertragung bekommen. Sie sei seitdem in der Gemeinschaftsunterkunft Obermehler tätig. Aus diesem Grund haben Frau Vogler vom Fachdienst Jugend und Bildung für den Bereich Allgemeiner Sozialer Dienst und Herr Lier, der Fachdienstleiter aus dem Bereich ABU, für den Bereich Wirtschaftliche Jugendhilfe, kommissarisch die Fachdienstleitung übernommen.

Des Weiteren werde Herr Kurtzusch, als Mitarbeiter aus dem Bereich Jugendgerichtshilfe, ab dem 01.08.2023 in den Ruhestand gehen. Eine zeitnahe Nachbesetzung der Stelle sei selbstverständlich angestrebt. Im Bereich wirtschaftliche Jugendhilfe sei die Nachbesetzung einer offenen Stelle gelungen. Die neue Kollegin werde ab dem 01.08.2023 ihren Dienst antreten.

Herr Roth fragte nach, ob Frau Wehenkel weggelobt worden oder freiwillig gegangen sei?

Herr Leist antwortete, dass sie eine Aufgabenübertragung bekommen habe. Über die Umstände und Gründe könne er leider nichts berichten, weil er da nicht involviert sei.

Herr Roth bedankte sich für die Auskunft und merkte an, dass er sich dann den Rest denken dürfe.

Frau Stecher erkundigte sich, ob die Aufgabenübertragung zeitlich befristet sei, weil die anderen beiden Fachdienstleiter das ganze sozusagen kommissarisch übernehmen. Kommissarisch bedeute bei ihr immer, es gebe ein „nach dem Kommissarisch“.

Herr Leist erklärte, dass es keine zeitliche Befristung gebe. Die Rückkehr von Frau Wehenkel in den Fachdienst als Fachdienstleiterin sei allerdings angestrebt.

TOP 13.2 - Personelle Veränderungen im Fachdienst Jugend und Bildung

Herr Reich berichtete, dass es im Fachdienst Jugend und Bildung gegenwärtig keine personellen Veränderungen gebe.

TOP 13.3 - Personelle Veränderungen im Fachdienst ABU

Herr Lier informierte, dass auch im Fachdienst Amtsvormundschaft/Beistandschaft/Unterhaltsvorschuss keine Mitarbeiterveränderungen bekannt zu geben seien.

Zum TOP 14

Informationen aus dem Landesjugendhilfeausschuss

Herr Wartmann gab bekannt, dass zur heutigen Sitzung keine Informationen zu diesem Tagesordnungspunkt gegeben werden können, da Herr Hofmann nicht anwesend sei. Der Tagesordnungspunkt werde dann in der nächsten Sitzung wieder behandelt.

Zum TOP 15

Verschiedenes

Herr Wartmann verkündete, dass die nächste geplante Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.09.2023 verschoben werden müsse. Aufgrund verschiedener Punkte bzgl. Kita-Bedarfsplanung, wo gewisse Fristen eingehalten werden und welcher vier Wochen vor der Entscheidung bei den Gemeinden ausgelegt werden müsse, könne man den Termin nicht einhalten. Außerdem sei der Zeitraum von heute bis zum 07.09.2023 etwas kurz, um die Restmittel aus der Örtlichen Jugendförderung darzustellen.

Daher war der Vorschlag die Sitzung auf Montag, den 25.09.2023 zu verlegen. Dieser Termin solle bitte schon einmal vorgemerkt werden.

Herr von den Eicken informierte, wie es Frau Ortmann bereits ansprach, dass es verschiedene Indikatoren zum Thema Schulsozialarbeit gab und wie die Mitglieder wissen, laufe die Schulsozialarbeit in den Schulen im Unstrut-Hainich-Kreis bis zum Ende des Jahres aus. Aus diesem Grund sprach er den Appell an das Jugendamt und an den Jugendhilfeplan aus, dies mit der Bitte nicht so umzusetzen. Die Schulsozialarbeit sei wichtig für die Schulen, weshalb Frau Ortmann (FD JuB) einen Brief von Frau Kauri, der Schulleiterin der Vogteischule Oberdorla, bekommen habe. In diesem stehe geschrieben:

*„Sehr geehrte Frau Ortmann,
in Vorbereitung der in der kommenden Woche tagenden Jugendhilfeausschusses stellt die Vogteischule Oberdorla eine Dringlichkeitsmeldung bzgl. der Vergabe von Sozialarbeit im kommenden Schuljahr 2023/2024.“*

Begründung: An unseren Schulen lernen derzeit 203 Kinder aus allen Vogteidörfern, Oppershausen, Kammerforst und Mühlhausen. In diesem Einzugsgebiet befinden sich mehrere Kinderheime und heilpädagogische Einrichtungen, die seit Jahren sehr gerne mit uns zusammenarbeiten. Wir haben nur wenige Kinder mit Migrationshintergrund, aber zunehmend Fälle von Aggressivität, ungünstigen häuslichen Umständen, Ängsten, Bildungsstörungen, Überbehütung, psychisch anfälligen Eltern, seelischer Behinderung usw. Das ergibt in Summe eine überproportional hohe Dichte an Fällen, die Unterstützung, Hilfe zur Erziehung benötigen, welche eine Lehrkraft im Alltag nicht leisten kann. Mit Jugendamt und Tagesgruppen arbeiten wir bereits eng zusammen. Darüber hinaus hatten wir im vergangenen Schuljahr zwei Integrationshelfer, die jedoch immer nur für einzelne Kinder zuständig waren. Frau Grieß, unsere bisherige Schulsozialarbeiterin steht uns im kommenden Schuljahr leider nicht mehr zur Verfügung. Im vergangenen Schuljahr war sie regelmäßig montags an unserer Schule und hilfreiche Stütze in vielen Situationen.“

Er erklärte, dass gerade in den Vogteidörfern die Schulsozialarbeit wichtig sei für die Bildung von Kindern und Jugendlichen und das nicht nur an der Grundschule in Oberdorla, sondern auch als Beispiel an der Regelschule Langula, an der bisher die Schulsozialarbeiterin, Frau Dachsel, aktiv war und nicht nur für die Schüler, sondern auch für die Lehrkräfte eine große Unterstützung war. Familiäre Probleme, die über die Corona-Zeit entstanden oder Ängste in Berufs- und Weiterbildung seien nur ein paar Sachen, welche die Schulsozialarbeiterinnen leisteten. Es sei wichtig für die Jugendlichen, aber auch für die Lehrkräfte, diese Schulsozialarbeiterinnen immer weiter an den Schulen zu behalten und die Stellen nicht auflösen zu lassen.

Frau Ortmann (FD JuB) bedankte sich für den Beitrag und merkte an, dass sie gern noch etwas klarstellen wolle. Sie berichtete, dass Oberdorla nicht grundsätzlich im Moment mit einer Schulsozialarbeit besetzt sei. Frau Grieß sei die mobile Schulsozialarbeiterin gewesen, die über das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ finanziert wurde. Das Aktionsprogramm sei ein Bundesmittel, welches leider Ende diesen Monats auslaufe, weshalb die mobile Schulsozialarbeit nicht fortgeführt werden könne.

Man werde keine Schulsozialarbeiter/innen kündigen, es ginge lediglich auch hier im Plenum darum, die Kooperationsvereinbarungen zu kündigen, aufgrund der neuen Bedarfsanalyse. Grundlage für die Einsetzung sei die Bedarfsanalyse, die Orbit und das Ministerium im Jahr 2018 durchgeführt hatten. Aufgrund dieser Bedarfsanalyse wurden die Schulsozialarbeiter jetzt in den Schulen eingesetzt. Dafür gab es eine Priorisierungsliste und nach der wurde dann gegangen, soweit wie das Geld einfach reichte. Man müsse auch grundsätzlich sagen, dass man nur 1,3 Mio. € ungefähr für die Umsetzung der Schulsozialarbeit habe und damit könne man leider einfach nicht alle Schulen bedienen, auch wenn das der Wunsch sei.

Eine Schulsozialarbeiterin bediene zwei Schulen und davon gehe am 01.01.2024 die Schule Rodeberg ins Eichsfeld. Daraufhin werde eine halbe Stelle frei und da war die Anfrage, diese wieder neu zu besetzen.

Frau Liebau erkundigte sich zur Bedarfsanalyse von 2018 und fragte nach, ob es schon eine neue Bedarfsanalyse gebe? Da sich seit 2018 einiges geändert habe, möchte sie wissen, ob schon eine neue aktiviert oder in Stand gesetzt wurde?

Frau Ortmann (FD JuB) gab bekannt, dass im Februar beschlossen wurde, dass der Fachdienst Jugend und Bildung eine neue Bedarfsanalyse umsetze. Das mache man im Moment. Im letzten Jugendhilfeausschuss sei nicht beschlossen, aber festgelegt worden, dass die Bedarfsanalyse in diesem Jahr statfinde, die Umsetzung allerdings dann erst im zweiten Halbjahr 2024 erfolge.

Frau Liebau wollte wissen, ob die Kündigung der Kräfte nur aufgrund des Geldmangels sei oder weil der Bedarf auch zurückgegangen sei?

Frau Ortmann (FD JuB) erklärte, dass die Kräfte nicht gekündigt wurden. Man habe nur die Kooperationsvereinbarungen gekündigt, weil man nicht wisse, wie die Bedarfsanalyse ausgeht. Einen Kooperationsvertrag könne man dann nicht mehr halten.

Frau Liebau fragte nach, ob jetzt perspektivisch vermutet werde, dass weniger Bedarf sei als ab 2018 oder müsse er irgendwo jetzt auslaufen? Man sehe ja jetzt durch die ganzen Umstände bzgl. Migration und die Flüchtlingskrise, dass eigentlich viel mehr Bedarf sei und jetzt laufe es so ein bisschen aus.

Frau Ortmann (FD JuB) korrigierte, dass nicht gesagt wurde, dass es weniger an Bedarf sei. Natürlich sei mehr Bedarf da.

Frau Liebau merkte an, dass die Bedarfsanalyse ja noch nicht vollendet sei und fragte, ob diese jetzt grad im Laufen sei?

Frau Ortmann (FD JuB) bejahte die Aussage.

Frau Liebau erkundigte sich, bis wann man jetzt damit rechnen könne, bis die Bedarfsanalyse abgeschlossen sei? Habe man sich ein fixes Datum vorgestellt?

Frau Ortmann (FD JuB) antwortete, dass es hoffentlich zum Ende des Jahres abgeschlossen sei. Deswegen gebe es auch die Unterausschüsse, wo man sich immer mit den Mitgliedern sehr intensiv berate. Es werde gehofft, dass man Ende des Jahres den Bedarf präsentieren könne.

Frau Ortmann erzählte, dass sie Mitglied im Unterausschuss sei und die Mitglieder schon viele Male zusammengesessen haben, um die Bedarfsanalyse zu erarbeiten. Frau Ortmann vom FD JuB hatte zum Teil schon die neuen Indikatoren und dass das Ganze in Arbeit ist, genannt. Alle, die mit im Unterausschuss seien, wüssten, dass man es sich nicht einfach mache. Die Bedarfsanalyse von 2018 könne man gar nicht eins zu eins übernehmen, genau aus diesen Gründen.

Es würden verschiedene Aspekte mitberücksichtigt werden, wie Migration / Migrationshintergrund usw., was ja das Arbeiten an den Schulen auch nicht einfacher mache. Sie betonte, dass man sich nicht schwertue, sondern es werde den Mitgliedern zum Teil schwer gemacht. Man müsse auch Zahlen als Grundlage im Unterausschuss haben, aber das gestalte sich insofern schwierig, weil sich dann doch einige Zuarbeitende nicht an Termine halten würden. Sie wolle das gar nicht so ausdehnen, aber es sei für die Mitglieder einfach schwierig da schneller voran zu kommen, weil man ja auch Zahlen brauche, um irgendwas unter dem Strich bescheiden zu können. Sie denke, wenn es soweit geschehen ist, werde man hier im Ausschuss auch wieder über die Bedarfsanalyse entscheiden.

Herr Roth fragte zum Verständnis, da er die Erfahrung habe, dass die Bedarfe steigen, ob man dann ein höheres Budget oder einen größeren Fördertopf habe?

Frau Ortmann (FD JuB) antwortete, dass dies nicht der Fall sei.

Herr Roth wollte wissen, ob man aber auch nicht mit weniger rechne?

Frau Ortmann (FD JuB) erklärte, dass dies Landesmittel seien, welche man auch immer vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport bekomme. Man hoffe auf eine zusätzliche Fördersumme, aber die rund 1,3 Mio. € würden stehen.

Herr Roth fragte nach, ob die Stellen auch mit den neuen Kriterien, die in den Unterausschüssen erarbeitet wurden, mindestens gehalten werden können?

Frau Ortmann (FD JuB) erklärte, dass die Anzahl sicherlich schon gehalten werden könne.

Frau Stein gab bekannt, dass bei dem mehr oder weniger feststehenden Betrag, den das Land als Zuschuss gebe, keine Dynamisierung der Tariferhöhung drin sei. Das sei das eigentliche Problem an der ganzen Geschichte. Die Gehälter würden steigen bzw. unterliegen einer Dynamik in den Tarifgruppen. Das sei die Krux an der ganzen Geschichte, weshalb da so viel Bewegung drin sei. Inhaltlich werde es höchstwahrscheinlich um eine Verschiebung der Bedarfe gehen, sodass einige Schulen auch Bedarfe anmelden, die vielleicht höher sind als die bei den derzeit besetzten Schulen mit Schulsozialarbeit. In diesem Betrag, der über etliche Jahre gleichgeblieben und wo es auch jetzt nicht unbedingt absehbar sei, dass der steigt, sei diese Gehaltssteigerung der Fachkräfte nicht mit einberechnet. Das sei die eigentliche Krux

an der Geschichte, weshalb die Träger dann eben zusehen müssen, wie sie das mit den Stellen handhaben.

Frau Stecher merkte an, dass sie nochmal ganz kurz auf das eingehen wolle, was Herr von den Eicken gesagt hatte. Frau Ortmann (FD JuB) sagte, dass man die Zahlen, wie viele Kinder mit § 35 a Hintergrund, mit Schulbegleitung in den jeweiligen Schulen sind, vom ASD bekomme. Aus ihrer Sicht decke das nicht das Gesamtbild ab, weil gerade, wenn man jetzt über die Vogteischule oder über andere Schulen rede, dann gebe es natürlich eine viel höhere Zahl an Kindern, die vielleicht in einer Heimunterbringung untergebracht sind, als jetzt nur vom Landkreis. Diesbezüglich würde sie einfach nochmal dafür werben, dies bei den Schulen nochmal konkret abzufragen, gerade auch bei Schulen, z. B. im Kyffhäuserkreis Randgebiet.

Es gebe sicherlich Kinder, die auch aus dem Kyffhäuserkreis aus den Heimunterbringungen kommen. Wenn sie an die Grundschule oder Regelschule Unstruttal denke, dann sei das Bild ja vielfältiger. Dann habe man allein aus dem Kinderheim Reiser schon 10-15 Kinder, die dort hin gehen, aber davon seien vom Kreis vielleicht nur acht, die dann in der Statistik vom Kreis berücksichtigt werden. Sie könne schon verstehen, wenn dann die Schulleiterin der Schule in der Vogtei sagt, dass diese mehr Kinder haben, als in der Bedarfsplanung aktuell aus dem ASD (Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis) berücksichtigt werden. Wenn da eine Abfrage gewünscht sei, würden die Träger die vielleicht auch leisten können oder eben die Schule ja ohnehin.

Frau Ortmann (FD JuB) informierte, dass es bezüglich der Hilfen zur Erziehung auch nochmal einen Termin mit Herrn Leist gebe, bei welchem das dann nochmal besprochen werde.

Herr Wartmann erklärte, dass die Schulsozialarbeit wirklich ein schwieriges Thema sei, womit man sich auch intensiv im Unterausschuss beschäftige. Sicherlich spiele das Geld auch eine Rolle, was irgendwo nur begrenzt verfügbar stehe. Die Bedarfe seien, wie man gehört hat, definitiv höher. Im Unterausschuss sei man sich aber auch darüber bewusst, dass man eine gewisse Kontinuität reinbekomme, auch bei den Stellen, weil man doch auch irgendwo eine gewisse Bindung zur Schule und zu den Kindern aufbaue. Dies sei den Mitgliedern im Unterausschuss bewusst und daran werde auch gedacht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Wartmann wünschte allen Teilnehmenden eine schöne Sommerzeit und verabschiedete die Ausschussmitglieder.

Um 18:10 Uhr war die Sitzung des Jugendhilfeausschusses beendet. Der Sitzungsverlauf wurde zur Anfertigung der Niederschrift aufgezeichnet.

Wartmann
stellv. Ausschussvorsitzender

Zimmermann
Schriftführerin